

# Russland-Ukraine-Krieg stürzt die Hamas in eine Finanzkrise

Die fragile palästinensische Wirtschaft im Gazastreifen wurde durch den russisch-ukrainischen Krieg stark beeinträchtigt, was zu Preissteigerungen und Steuererhöhungen geführt hat.

## Rasha Abou Jal al

GAZA-STADT, Gazastreifen – Die fragild palästinensische Wirtschaft im Gazastreifen ist infolge des russisch-ukrainischen Krieges in eine tiefe Krise geraten, die zu Preissteigerungen, einem Durcheinander bei den auf Waren erhobenen lokalen Gebühren und Steuern und niedrigeren Gehältern der Beschäftigten im öffentlichen Sektor führte.

Die Hamas-Bewegung, die seit 2007 die Kontrolle über den Gazastreifen ausübt, hat in letzter Zeit mehrere Maßnahmen ergriffen, um diesem Preisanstieg entgegenzuwirken. Im Juni senkte die Hamas zunächst die Steuern auf grundlegende Güter wie Gas zum Kochen, aber es dauerte nicht lange, bis diese Maßnahme nach hinten losging und die Bewegung in eine tiefe Finanzkrise stürzte, während sie zur Deckung ihrer Ausgaben hauptsächlich auf lokale Steuern angewiesen ist.

Als Ausgleich für die gesunkenen Steuern auf Grundgüter hat die Hamas neue Steuern auf andere Waren, wie importierte Kleidung, erhoben und erwägt, einen größeren Prozentsatz der Gehälter ihrer rund 40.000 Regierungsangestellten zu kürzen, was die Krise verschärfte, anstatt sie zu lösen.

Seit Ägypten 2013 die Grenztunnel zum Gazastreifen zerstörte, auf die die Hamas angewiesen war, um Waren zu schmuggeln und ihre Finanzen zu sichern, erhalten die Regierungsangestellten nur noch 60 % ihrer Monatsgehälter.

**Awni al-Basha**, Staatssekretär im Finanzministerium des Gazastreifens, erklärte gegenüber *Al-Monitor*, dass die Regierung unter einer erdrückenden Finanzkrise leide, die sich negativ auf die Gehälter ihrer Angestellten auswirke, da die Regierung den Anstieg der Preise für Güter des Grundbedarfs, insbesondere für Treibstoff, als Folge des russisch-ukrainischen Krieges zu tragen habe.

**Basha** sagte, dass die Regierung in den letzten Monaten gezwungen war, Kredite bei lokalen Banken aufzunehmen, um die 60 % aufzubringen, aber nicht mehr in der Lage ist, dieser Verpflichtung nachzukommen.

Er wies darauf hin, dass die Regierung einen Plan entwickelt hat, um dieses Haushaltsdefizit durch eine Reihe von Sparmaßnahmen auf der Ebene der Ausgaben, der operativen Budgets und der Entwicklungsbudgets zu überwinden.

Bemerkenswert ist, dass die Hamas weder ihre Steuereinnahmen und -ausgaben noch die Gehaltsabrechnungen ihrer Mitarbeiter offenlegt.

**Mohammed Abu Jiyab**, Herausgeber der Zeitung *Al-Eqtessadia* in Gaza, schrieb in einem Facebook-Post am 27. Juli: "Ich habe eine Frage an die Regierung: Was ist der Grund für den Rückgang der Einnahmen, wie hoch ist der Prozentsatz dieses Rückgangs, und welche sind die wichtigsten Einnahmequellen, die zurückgegangen sind? Kann die Regierung uns sagen, wie hoch der [Betrag, den sie an Steuern und Gebühren einnimmt] ist und wie sie ihre Mittel aufteilt, oder ist das verboten?"

**Ein Beamter des Wirtschaftsministeriums in Gaza** teilte *Al-Monitor* unter der Bedingung der Anonymität mit, dass sich die Steuereinnahmen der Hamas-Regierung auf nicht mehr als etwa 40 Millionen Dollar pro Monat belaufen. Er sagte: "Der Anstieg der Treibstoffpreise hat dazu geführt, dass die Regierung 5 Millionen Dollar pro Monat an Steuern verliert, was allein schon die Regierung in eine Finanzkrise stürzte."

**Salama Marouf**, Vorsitzender des Medienbüros der Regierung von Gaza, erklärte am 27. Juli gegenüber der Website *Al-Araby Al-Jadeed*: "Die Regierung hat ein Stadium erreicht, in dem es ihr unmöglich ist, 60 % der Gehälter der Angestellten zu zahlen."

In einer Erklärung vom 23. Juli lehnte die Gewerkschaft der Staatsbediensteten im Gazastreifen jegliche Vorschläge zur Senkung der Gehälter der Staatsbediensteten kategorisch ab und betonte, dass es auf einer Erhöhung der 60 prozentigen Quote bestehe.

Um dem Steuerdefizit und der Krise bei der Bezahlung der Gehälter der Beschäftigten zu begegnen, kündigte das Wirtschaftsministerium in Gaza in einer Erklärung vom 19. Juli die Einführung neuer Steuern auf importierte Gegenstände und Waren an.

Das Ministerium erklärte, die Entscheidung ziele darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit lokaler Produkte im Vergleich zu ausländischen Produkten zu erhöhen und gleichzeitig die Zahl der Industrieunternehmen zu steigern, bestehende Fabriken auszubauen und die Zahl der Beschäftigten zu erhöhen.

Dem Beschluss zufolge wird auf jede importierte Hose, jeden *Jilbab* (das ist ein langer, locker sitzender Mantel) und *Abaya* (ein langärmeliges, bodenlanges Kleidungsstück) eine Steuer von 3 Dollar erhoben; 300 \$ werden als Gebühren auf jede Tonne Nylon erhoben; 60 \$ pro Tonne Saft; 1.000 \$ pro Tonne Thymian oder Nüsse; und 230 \$ pro Tonne Kekse.

Während **die einheimischen Fabrikbesitzer** die Entscheidung befürworten, da sie die einheimischen Produkte unterstützt, lehnen **die importierenden Händler** sie entschieden ab und sagen, sie ziele darauf ab, die Staatseinnahmen auf ihre Kosten zu erhöhen.

**Ziad al-Shanti**, Besitzer der Shanti Denim Factory in Gaza, begrüßte die Entscheidung, neue Steuern auf importierte Waren zu erheben. Er sagte gegenüber *Al-Monitor*, die Entscheidung sei im Interesse der lokalen Produkte.

Er wies darauf hin, dass die einheimischen Produkte von hoher Qualität und mit den importierten vergleichbar seien, "aber die Leute ziehen es vor, importierte Waren zu kaufen, weil es einen weit verbreiteten Glauben gibt, dass importierte Produkte immer besser sind als einheimische, und das ist falsch."

Er wies darauf hin, dass die Einführung einer neuen Steuer auf eingeführte Waren die Preise für importierte Waren erhöhen und die Attraktivität einheimischer Produkte steigern würde.

Am 21. Juli organisierten Bekleidungshändler und Importeure im Gazastreifen einen Protest vor dem Sitz ihres Verbandes in Gaza-Stadt, um ihren Widerstand gegen die neuen Steuern zum Ausdruck zu bringen.

**Emad Abdelhadi**, Vertreter der Union der Bekleidungshändler in Gaza, lehnte diese Steuern ab. Er erklärte gegenüber *Al-Monitor*, dass das Wirtschaftsministerium diese Maßnahmen vor ihrer Verhängung nicht diskutiert habe und dass sie für die Händler, die aufgrund der auf ihre importierten Produkte erhobenen Steuern vom Bankrott bedroht seien, eine Überraschung seien.

**Abdelhadi** erklärte, dass jährlich etwa 800.000 Hosen und 20.000 Gewänder und *Abayas* eingeführt werden.

Um die einheimischen Erzeugnisse zu unterstützen, müsse die Menge der eingeführten Waren verringert und die Menge der einheimischen Erzeugnisse erhöht werden. Eine Erhöhung des Zollwerts würde nur zu einer Verteuerung der importierten Produkte führen, was in erster Linie die Verbraucher treffen würde.

**Palästinensische Aktivisten** riefen für den 5. August zu Demonstrationen im Gazastreifen auf, die als "*Freitag der Würde*" bezeichnet wurden, um gegen die kürzlich eingeführten Steuern angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und Armut in Gaza zu protestieren.

Nach den am 21. Juni von den Vereinten Nationen veröffentlichten Statistiken über die Lage im Gazastreifen sind etwa 80 % der Bewohner des Gazastreifens von humanitärer Hilfe abhängig, und mehr als die Hälfte der 2 Millionen Einwohner lebt in Armut, während etwa 80 % der Jugendlichen arbeitslos sind.

**(Übersetzung und Hervorhebungen: Gewerkschaftsforum Hannover)**